

**Auszug aus der Niederschrift
über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 18.04.2024**

Zu TOP: 9.2

Änderungsantrag zu TOP 9.2 Politische und religiöse Konflikte in Grünhufe und anderen Stadtteilen

Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Vorlage: AN 0050/2024

Herr Dr. Zabel begründet den vorliegenden Antrag AN 0037/2024.

Herr Suhr bestätigt das vorgetragene, berechtigte Anliegen des Antrages und wirbt um Zustimmung einschließlich des eingebrachten Änderungsantrages AN 0050/2024 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI.

Herr Dr. Zabel betont, dass es nicht Zielstellung ist, ständig Gespräche zu führen. Vielmehr müssen konkrete Lösungen gefunden werden. Unter der Voraussetzung der Beteiligung der SIC kann die Fraktion CDU/FDP dem Änderungsantrag AN 0050/2024 zustimmen. Herr Dr. Zabel stellt den entsprechenden Änderungsantrag:

„Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Landrat Vorpommern-Rügen *und unter Beteiligung der SIC* zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen, in dessen Rahmen die im Zusammenhang mit politischen und religiösen Konflikten im Stadtteil Grünhufe entstehende Situation erörtert und Konfliktlösungen erarbeitet werden sollen. Beteiligt und eingeladen werden sollen alle *weiteren* Akteure im Bereich der Jugend-, Sozial- und Stadtteilarbeit. Sofern auch andere Stadtteile eine vergleichbare Konfliktlage haben, soll dieser Prozess auf die anderen Stadtteile ausgeweitet werden.“

Herr Lange teilt für die Fraktion DIE LINKE./SPD mit, dass dem geänderten Antrag zugestimmt wird. Daher wird der eingereichte Änderungsantrag AN 0051/2024 zurückgezogen.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und stellt den geänderten Änderungsantrag AN 0050/2024 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Landrat Vorpommern-Rügen *und unter Beteiligung der SIC* zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen, in dessen Rahmen die im Zusammenhang mit politischen und religiösen Konflikten im Stadtteil Grünhufe entstehende Situation erörtert und Konfliktlösungen erarbeitet werden sollen. Beteiligt und eingeladen werden sollen alle *weiteren* Akteure im Bereich der Jugend-, Sozial- und Stadtteilarbeit. Sofern auch andere Stadtteile eine vergleichbare Konfliktlage haben, soll dieser Prozess auf die anderen Stadtteile ausgeweitet werden.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2024-VII-03-1332

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 30.04.2024